

**Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen****Steuergerechtigkeit statt Steuergeschenke**

Die Folgen der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise sind noch nicht überwunden. Sie haben unter anderem zu einer dramatischen Verschlechterung der Staatsfinanzen und Erhöhung der Staatsschulden auf allen Ebenen geführt: Die Schulden der öffentlichen Haushalte werden in den nächsten Jahren einen historischen Höchststand erreichen. Es besteht die Gefahr, dass die Einhaltung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse und des europäischen Stabilitätspakts gefährdet sein wird.

Trotz dieser bereits enormen Vorbelastungen der öffentlichen Haushalte durch die Finanz- und Wirtschaftskrise und ihrer Folgen plant die schwarz-gelbe Bundesregierung mit dem „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ weitere Steuererleichterungen. Das geplante Gesetz, das bereits zum Jahresbeginn 2010 in Kraft treten soll, würde Steuermindereinnahmen von 8,5 Mrd. € für Bund, Länder und Kommunen zur Folge haben, davon 3,8 Mrd. € für die Länder und Kommunen. Für Bremen bedeutet dies: noch weniger Steuereinnahmen in Höhe von 38,5 Mio. € pro Jahr. Steuergeschenke der Bundesregierung dürfen aber auf gar keinen Fall zulasten der Länder und Kommunen gehen.

Mit den vorgesehenen Maßnahmen der Steuerentlastung will die Bundesregierung laut Gesetzentwurf „eine kurzfristig konjunkturgerechte und damit rasch wirksame und dauerhaft belebende Wachstumspolitik“ umsetzen. Von dem Entwurf sind jedoch weder die erhofften Impulse zur Stärkung der Wachstumskräfte noch eine gerechte Entlastung von Familien zu erwarten. Die Erhöhung der Kinderfreibeträge begünstigt vorwiegend Bezieher/-innen mit höherem Einkommen und ist deshalb wenig geeignet, die Binnennachfrage anzukurbeln; die Erhöhung des Kindergeldes kommt bei denjenigen nicht an, die sie am dringendsten nötig haben. Die Steuerausfälle werden die Möglichkeiten öffentlicher Investitionen stark einschränken. Angesichts der Lage der öffentlichen Haushalte besteht für die geplanten weiteren Steuerbegünstigungen ohne solide Gegenfinanzierung absolut kein Raum.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) spricht sich gegen die geplanten Steuersenkungen aus. Der Senat wird daher aufgefordert, im Bundesrat gegen das „Wachstumsbeschleunigungsgesetz“ zu stimmen.
2. Eine zukunftsorientierte Finanzpolitik verlangt den konsequenten Erhalt und die Erweiterung der notwendigen Einnahmebasis für Bund, Länder und Kommunen. Hierzu wird der Senat aufgefordert, sich bei anstehenden Beratungen im Bundesrat und auch auf allen weiteren Ebenen für nachfolgende Positionen einzusetzen:
  - Die im internationalen Vergleich geringe Besteuerung von Vermögenden ist anzuheben.
  - Die von der Bundesregierung geplante weitere Änderung der Erbschaftsteuer ist abzulehnen. Vielmehr ist eine Reform der Erbschaftsteuer anzustreben, die die stärkere Heranziehung größerer Erbschaften zum Ziel hat.
  - Zur gerechten Verteilung der finanziellen Lasten aus der Finanz- und Wirtschaftskrise und um neue dauerhafte Einnahmequellen für die öffentliche Hand zu schaffen, ist die Einführung einer Finanztransaktionssteuer erforderlich.

3. Der Senat wird aufgefordert, sich im Bundesrat für eine faire Kostenverteilung an den Kosten der Unterkunft und der Grundsicherung im Alter nach § 46 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch einzusetzen. Die in der Vergangenheit erfolgte Absenkung der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft hat im Vergleich zu dem im Gegenzug vereinbarten Bundesanteil an den Kosten der Grundsicherung im Alter zu einer erheblichen dauerhaften Mehrbelastung der kommunalen Haushalte geführt. Die ursprünglich vereinbarte und notwendige dauerhafte Entlastung der Kommunen hat sich in das Gegenteil verkehrt.
4. Zur Stärkung der öffentlichen Finanzen und für ein gerechtes Steuersystem ist eine effiziente Finanzverwaltung zur Erhebung von Steuereinnahmen und Bekämpfung von Steuerbetrug unabdingbar. Der Senat wird aufgefordert, alle organisatorischen und personellen Maßnahmen im Rahmen der Reform der Finanzämter (beispielsweise Projekt „Finanzamt 2010“, mittelfristiges Ausbildungskonzept) weiter voranzubringen.

Uta Kummer,  
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Dr. Hermann Kuhn,  
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen